

## Hochspannungsleitungen: Landesregierung will Höchstmaß an Vorsorge realisieren

*Umschau 16/11*

**Quickborn (vy)** – Eine eigentlich gute Nachricht für die Anwohner der geplanten 380-kV-Höchstspannungsleitung kommt per Brief aus Kiel von der Landesregierung: Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr antwortet darin auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Detlef Matthiessen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Sie will, dass in Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren von Höchstspannungsleitungen - neben der Einhaltung der Grenzwerte - ein Höchstmaß an Vorsorge realisiert wird. Dies soll beispielsweise durch die Vermeidung von Überspannungen von Wohngebäuden und Siedlungen, die Vergrößerung der Abstände der Leitungen zu Wohnnutzungen oder technische Minimierungsmaßnahmen



**Anwohner in der Nähe von Einbeck demonstrieren die Stahlung unter einer Hochspannungsleitung: Die Leuchtröhren fangen ganz von selbst an zu leuchten.**

**Foto: ums**

erfolgen.

„Im krassen Gegensatz dazu steht die Planung in Quickborn“, sagt Dr. Werner Schneider von

der Bürgerinitiative „Quickborn unter Höchstspannung“. Er und seine Mitstreiter kritisieren, dass der Netzbetreiber Tennet die jet-

zigen 220-kV-Leitungen durch die neue geplante 380-kV-Trasse durch Quickborn direkt neben Wohnungen und neben einem Schulgebäude bauen will.

Der Physiker weist auf die gesundheitlichen Risiken hin: Die Trasse würde eine vielfach höhere Magnetfeld-Emission als die alte haben. Im Umfeld von Höchstspannungsleitungen gebe es ein doppeltes Risiko für Kinder, an Leukämie zu erkranken. Die Bürgerinitiative nennt drei Lösungsvorschläge: Favoriert wird die Erdverkabelung, als zweitbeste Möglichkeit die weiträumigere Trassenverschiebung oder schließlich die kleinräumigere Verschiebung der Trasse in Kombination mit dem Einsatz von strahlungsärmeren Wintrack-Strommasten.